

Jürgen Zarusky

Sowjetische Opfer von Krieg und nationalsozialistischer Verfolgung in der bundesdeutschen Erinnerungskultur

Am 10. September 1955 wurde Bundeskanzler Konrad Adenauer in Moskau schonungslos mit einer Bilanz des nationalsozialistischen Vernichtungskrieges gegen die UdSSR konfrontiert. Von Millionen Opfern war die Rede, von Babij Jar, Maidanek und Auschwitz, von den deutschen Konzentrationslagern auf sowjetischem Boden, von Massenerschießungen in sowjetischen Städten und von zahllosen verbrannten Dörfern. Der sowjetische Ministerpräsident Bulganin reagierte mit dieser Auflistung deutscher Schandtaten auf Adenauers Forderung nach Freilassung der noch in sowjetischen Lagern einsitzenden deutschen Kriegsgefangenen, die von sowjetischen Gerichten als Kriegsverbrecher verurteilt worden waren.¹ Der Kanzler bestritt nichts, wies aber darauf hin, dass, als die russischen Armeen – zugestandenmaßen in der Gegenwehr – die deutschen Grenzen überschritten hätten, „auch in Deutschland entsetzliche Dinge im Krieg vorgekommen sind“.² Damit rief er heftige Empörung bei seinen sowjetischen Gesprächspartnern hervor, die sich entschieden gegen die vermeintliche Gleichsetzung der nationalsozialistischen Massenverbrechen mit der Kriegführung der Roten Armee verwahrten. Nur mit Mühe konnte Adenauer die von ihm ausgelöste Erregung dämpfen. Er betonte nachdrücklich, dass er in Hinblick auf das Kriegsende in Deutschland von „schrecklichen Dingen“ und nicht von „Verbrechen“ gesprochen habe.³ Zwar hatte Bulganin zum Auftakt der Begegnung gesagt, beide Völker hätten im Krieg großen Verluste erlitten,⁴ aber die Erfahrung des Vernichtungskriegs war so tiefgreifend und gegenwärtig, dass alles, was auf eine paritätische Deutung hinauszu-
laufen schien, auf geradezu reflexartigen Widerspruch stoßen musste.

¹ Dokumente zur Deutschlandpolitik (DzD), III. Reihe, Band 1: 5. Mai bis 31. Dezember 1955. Bearbeitet von *Ernst Deuerlein* unter Mitwirkung von *Hansjürgen Schierbaum*. Frankfurt a. M. 1961, S. 311. Bulganins Angaben waren vielfach nicht präzise und er vermied es tunlichst, jüdische Opfer als solche anzusprechen, was sowjetisch-stalinistischen Konventionen entsprach. Die Tatsache der deutschen Massenverbrechen war indes unbestreitbar. Seine Behauptung, die verurteilten deutschen Soldaten, seien die Täter, der von ihm aufgezählten Verbrechen war aufgrund der meist deplorablen juristischen Qualität der entsprechenden Urteile äußerst fragwürdig. Vgl. *Andreas Hilger, Ute Schmidt, Günther Wagenlehner* (Hrsg.): Sowjetische Militärtribunale. Band 1: Die Verurteilung deutscher Kriegsgefangener 1941–1955. Köln 2001. Die Freilassung der Gefangenen war vom Kreml bereits vor Adenauers Eintreffen als „gnadenreiche Geste der Siegermacht UdSSR“ geplant; vgl. *Andreas Hilger*: Stalins Justiz auf dem Prüfstand? Deutsche „Kriegsverurteilte“ zwischen Repatriierung und Rehabilitierung, 1953–2002. In: Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte 8 (2004), H. 1., S. 123–150, S. 138.

² DzD III,1, S. 314.

³ Ebenda, S. 316f. (Chruščev), S. 319f. (Molotov), S. 324 (Adenauer).

⁴ Ebenda, S. 303. Zu den außenpolitischen Rahmenbedingungen der Reise vgl. *Helmut Altrichter* (Hrsg.): Adenauers Moskaubesuch 1955. Eine Reise im internationalen Kontext. Bonn 2007.

Fast dreieinhalb Jahrzehnte später, im April 1989, machte der SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel bei einer Begegnung mit Michail Gorbatschew in Moskau dem Generalsekretär der KPdSU einen Vorschlag, mit dem er ihn ungewollt in Verlegenheit versetzte. Vogel sprach den bevorstehenden 50. Jahrestag des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion an. Zwanzig Millionen sowjetische Opfer des Krieges lasteten „auf dem Gewissen der deutschen Regierung, auf unserem Gewissen. 1991 werden 50 Jahre seit dem 22. Juni 1941 vergangen sein. Warum sollten wir nicht in diesem Zusammenhang darüber nachdenken, bei uns ein Denkmal für die in Deutschland umgekommenen sowjetischen Soldaten zu errichten und an irgendeinem geeigneten Ort in der Sowjetunion ein Denkmal für jene jungen deutschen Soldaten, die bei Ihnen ums Leben gekommen sind, wenn auch in einem ungerechten Krieg und in Ausführung eines verbrecherischen Befehls. [...] Ein solcher Akt würde die Gefühle der Menschen unserer Länder berühren und die Bereitschaft der neuen, nach dem Krieg aufgewachsenen Generationen zeigen, einmal und für immer einen Schlussstrich unter die tragische Vergangenheit zu ziehen.“ Das müsse man ernsthaft überdenken, antwortete Gorbatschew, der indes von der erhofften versöhnenden Wirkung nicht überzeugt war. Wo solle man ein solches Denkmal aufstellen? „Bei Wjasma, wo alles zusammengeschlagen wurde? [...] Natürlich, Soldat bleibt Soldat. Aber was für Opfer! Ich denke, dass es zum Beispiel in Weißrussland unmöglich wäre, diesen Vorschlag zu verwirklichen. Ich sehe den politischen Sinn des Vorschlags darin, die Überzeugung unserer Generationen auszudrücken, nie wieder eine Wiederholung der Vergangenheit zuzulassen. Aber dabei soll man das, was war, nicht beschönigen, die Vergangenheit nicht in rosa Farben darstellen und sich an die Tragödie erinnern.“⁵

Der Eiserne Vorhang und die Erinnerung

Nun ist Hans-Jochen Vogel, der als Oberbürgermeister von München die Entstehung der KZ-Gedenkstätte in Dachau unterstützt und nach dem Abschluss seiner aktiven politischen Laufbahn 1993 die Vereinigung „Gegen Vergessen – für Demokratie“⁶ gegründet hat, über den Verdacht der Geschichtsvergessenheit oder gar beschönigender Tendenzen so erhaben wie kaum ein anderer deutscher Politiker seiner Generation. Doch offenkundig hatten auch aufgeklärte Vertreter des bundesdeutschen öffentlichen Lebens bis in die Endphase des Kalten Krieges hinein nur einen unzureichenden Begriff vom Gewicht und der Folgeschwere der Kriegserfahrung für die Bürger der Sowjetunion. Zwar hatte die deutsche Geschichtswissenschaft zum damaligen Zeitpunkt schon durchaus Beachtliches zur historischen Analyse des Krieges beigetragen und der später auf intellektuel-

⁵ Aleksandr Galkin, Anatolij Tschernjajew (Hrsg.): Michail Gorbatschow und die deutsche Frage. Sowjetische Dokumente 1986–1991. München 2011, Dok. 31, S. 131f.

⁶ www.gegen-vergessen.de/verein/vorstand.html.

le Abwege geratene Historiker Ernst Nolte hat schon 1963 in seinem Buch „Der Faschismus in seiner Epoche“ den nationalsozialistischen Krieg gegen die UdSSR mit entschiedener Klarheit als den „ungeheuerlichste[n] Eroberungs-, Versklavungs- und Vernichtungskrieg, den die moderne Geschichte kennt“,⁷ eingestuft. Aber die Bewusstseins- und vor allem die Gefühlslage der großen Mehrheit seiner Zeitgenossen traf er damit keineswegs. Hier dominierte eine ganz andere Perspektive, wie 15 Jahre später Christian Streit in der Einleitung zu seiner Pionierstudie über das schreckliche Schicksal sowjetischer Kriegsgefangener in deutscher Hand feststellte: „Die Erinnerung an den deutschen Angriff 1941 und die damals eingeführten Methoden der Kriegführung und der Besatzungspolitik ist bei den meisten Soldaten verdrängt worden durch die Erinnerung an die verzweifelten Abwehrkämpfe gegen die übermächtig gewordene Rote Armee zwischen 1943 und 1945. Drei Faktoren bestimmen in erster Linie das Bild, das die deutsche Öffentlichkeit noch heute vom Krieg im Osten hat: die ungeheuere Erbitterung der Kämpfe und die ihr entsprechenden enormen Verluste an der Ostfront; die barbarischen Verbrechen, die Einheiten der Roten Armee 1945 beim Vordringen in den deutschen Osten begingen; und, wohl am nachhaltigsten, das traurige Los deutscher Soldaten in den langen Jahren sowjetischer Gefangenschaft.“⁸

Streits Buch „Keine Kameraden“ analysierte die Geschichte eines „vergessenen“ Massenverbrechens, des durch eine Mischung aus Absicht und Hinnahme verursachten Zugrundegehenlassens von über drei Millionen Kriegsgefangenen. Obwohl sie zweifelsohne ein Tabubruch war, stieß die wissenschaftlich sehr solide gearbeitete Studie überwiegend auf ein positives Echo.⁹ Doch insgesamt blieb die gesellschaftliche Resonanz nicht nur von Streits Werk, sondern auch der Publikationen anderer Autoren wie etwa Hans-Adolf Jacobsen, Andreas Hillgruber, Manfred Messerschmidt oder Helmut Krausnick und Hans-Heinrich Wilhelm, die im Laufe der 1960er bis frühen 1980er Jahre wichtige Arbeiten zum deutsch-sowjetischen Krieg und zur Rolle der Wehrmacht vorgelegt hatten, sehr begrenzt. Auf dem Buchmarkt dominierten jahrzehntelang unangefochten die apologetischen Darstellungen von Paul Carell, der in der NS-Diktatur als Karl Paul Schmidt unter Joachim von Ribbentrop die Nachrichten- und Presseabteilung im Auswärtigen Amt geleitet hatte. Seine Bücher erlebten noch bis in die frühen 2000er Jahre Neuauflagen.¹⁰ Über den engeren akademischen Rahmen hinaus stießen die einschlägigen kritischen Studien der Geschichtswissenschaft am ehesten in jenen Kreisen auf Aufmerksamkeit, die den Frieden mit der Sowjetunion als „eine uner-

⁷ Ernst Nolte: *Der Faschismus in seiner Epoche*. Action française. Italienischer Faschismus. Nationalsozialismus. München 1963, S. 436.

⁸ Christian Streit: *Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945*. München 1978, S. 10.

⁹ Gespräch mit Christian Streit, 26. 09. 2013.

¹⁰ Wigbert Benz: *Paul Carell. Ribbentrops Pressechef Paul Karl Schmidt vor und nach 1945*. Berlin 1945. Christian Plöger: *Von Ribbentrop zu Springer zu Leben und Wirkung von Paul Karl Schmidt alias Paul Carell*. Marburg 2009.

ledigte Aufgabe“ betrachteten, eine Sichtweise, die allerdings auch erst seit Mitte der 1980er Jahre nennenswerten öffentlichen Widerhall fand.¹¹

Allerdings standen einer vorbehaltlosen Wahrnehmung der Opfer des nationalsozialistischen Vernichtungskrieges in der Sowjetunion keineswegs nur die eigene traumatische Kriegserfahrung und das in der Bundesrepublik auch keineswegs völlig grundlos vorherrschende Misstrauen gegenüber der Ostblockvormacht entgegen. Die Opfer hatten auch im eigenen Staat keinen „Erinnerungsagenten“, d. h. keine wirkmächtige Instanz, die für ihre Belange – von der Forderung nach individueller Entschädigung bis hin zur Memorialisierung – eintrat. Im Gegenteil: In der UdSSR wurde der Holocaust zur Verfolgung „friedlicher sowjetischer Bürger“ umdefiniert, seine antisemitische Spezifik und Singularität verschleiert und mit einem Tabu belegt¹²; andere Opfer des Nationalsozialismus, insbesondere Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge, aber auch Kriegsgefangene, fanden sich nach der Repatriierung als Bürger zweiter Klasse in der Heimat wieder, weil ihnen zur Last gelegt wurde „für den Feind gearbeitet“ zu haben.¹³ Ihre Schicksale fanden praktisch keine öffentliche Thematisierung und passten auch nicht in das monolithisch heroische Narrativ über den Großen Vaterländischen Krieg, das besonders nachdrücklich in der Brežnev-Ära etabliert und auch in die DDR „exportiert“ wurde. Erst am 6. Oktober 1989, also in der Hochzeit der Perestrojka, beschloss der sowjetische Ministerrat, dass ehemalige KZ-Insassen dieselben Vergünstigungen erhalten sollten wie Kriegsveteranen, allerdings nur jene, die zum Zeitpunkt ihrer Verfolgung nicht älter als 16 Jahre gewesen waren.¹⁴ Diese Maßnahme war symptomatisch dafür, dass sich erst mit der Perestrojka und dem Ende des sowjetischen Imperiums der doppelte Schatten der Vergessenheit, der jahrzehntelang auf vielen sowjetischen Opfern nationalsozialistischer Verfolgung gelegen war, zurückzuziehen begann. Auf deutscher Seite wurde nun die Frage von Entschädigungen virulent und die lange

¹¹ *Sophinette Becker, Erhard Eppler, Dietrich Goldschmidt, Franz von Hammerstein, Wolfgang Huber, Klaus Käßlinger, Horst Krautter, Hartmut Lenhard, Wolfgang Raupach, Klaus von Schubert, Wolfram Wette*: Frieden mit der Sowjetunion – eine unerledigte Aufgabe. Ein Memorandum. In: *Dietrich Goldschmidt* (Hrsg.): *Frieden mit der Sowjetunion – eine unerledigte Aufgabe*. Gütersloh 1989, S. 11–20. Der Band enthält auch eine Reihe von Aufsätzen einschlägig ausgewiesener Historiker.

¹² *Heinz–Dietrich Löwe*: *The Holocaust and the Soviet Press*. In: *Frank Grüner, Urs Heftrich, Heinz–Dietrich Löwe* (Hrsg.): „Zerstörer des Schweigens“. Formen künstlerischer Erinnerung an die nationalsozialistische Rassen- und Vernichtungspolitik in Osteuropa. Köln 2006, S. 33–56, hier: S. 39; *Lev Besymenski*: Was das Sowjetvolk vom Holocaust wusste. In: *Leonid Luks* (Hrsg.): *Der Spätstalinismus und die „jüdische Frage“*. Zur antisemitischen Wendung des Kommunismus. Köln 1998, S. 69–87.

¹³ *Pavel Poljan*: *Žertvy dvuch diktatur. Žizn', trud, uniženie i smert' sovetskich voennoplennych i ostarbajterov na čužbine i na rodine*. 2-e izd., pererab. i dop. Moskau 2002; *Ulrike Goeken-Haidl*: *Der Weg zurück. Die Repatriierung sowjetischer Zwangsarbeiter und Kriegsgefangener während und nach dem Zweiten Weltkrieg*. Essen 2006.

¹⁴ *Pavel Polian*: *Stalin und die Opfer des nationalsozialistischen Vernichtungskriegs*. In: *Jürgen Zarusky* (Hrsg.): *Stalin und die Deutschen. Neue Beiträge der Forschung*, S. 89–109, hier: S. 90; *ders.*, *Deportiert nach Hause. Sowjetische Kriegsgefangene im „Dritten Reich“ und ihre Repatriierung*. München 2001 S. 202, Fn. 681; *Goeken-Haidl*, *Der Weg zurück*, S. 533–543.

hinter dem Eisernen Vorhang verborgenen überlebenden Opfer traten auch hier als konkrete Menschen in Erscheinung.

Unbeliebte Denkmäler

Obwohl neben den in der Heimat von Krieg und Besatzungsterror Betroffenen auch Millionen von Bürgern der Sowjetunion auf deutschem Boden gelitten hatten, erinnerte hierzulande lange Zeit kaum etwas daran. Insbesondere in der Bundesrepublik konnte man allenfalls auf steinerne Zeugen treffen. Doch die Denkmäler für die sowjetischen Opfer in Deutschland, vor allem für gefallene oder in Gefangenschaft verstorbene Rotarmisten und Zwangsarbeiter, die unmittelbar nach dem Krieg durch Überlebende und sowjetische Militärbehörden errichtet wurden, hatten auf die deutsche Gesellschaft keine allzu große Wirkung. Das mag auch mit der monumentalistischen Gestaltung und der ostentativen Verwendung sowjetischer Symbole zusammenhängen, erklärt sich dadurch allein aber nicht. Während in der DDR die sowjetischen Ehrenmale, etwa in der Schönholzer Heide in Berlin-Pankow, im Treptower Park oder in Dresden, als offiziöser Ausdruck der sozialistischen Bruderschaft von Staats wegen mit hoher Priorität geschützt und gepflegt wurden, gab es in Westberlin und der Bundesrepublik nicht selten verdeckte oder offene Ablehnung. So musste etwa das monumentale sowjetische Ehrenmal in Berlin-Tiergarten am Ort einer Grabanlage für 2500 bei der Eroberung Berlins gefallene Sowjetsoldaten 1961 während des Mauerbaus vor der Stürmung durch erboste Westberliner geschützt werden, und 1970 wurde ein sowjetischer Soldat der Ehrenwache von einem Neonazi angeschossen und schwer verletzt.¹⁵

Vielfach wurde das Ehrenmal nicht als Referenz an die Kriegstoten, sondern als Symbol sowjetischer Bedrohung interpretiert. So machte das „Ostpreußenblatt“, das Organ der ostpreußischen Landsmannschaft, welche die Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition wie die Vertriebenenverbände insgesamt entschieden bekämpfte, Anfang 1972 mit einem großformatigen Foto des Ehrenmals auf und versah es mit folgendem Kommentar: „Sowjet-Ehrenmal in West-Berlin: wenn es nach dem Berlin-Abkommen geht, wird es nicht bei dem Soldaten aus Erz bleiben; ein sowjetisches Generalkonsulat im Westteil der Stadt wird Moskau die Möglichkeit bieten, eine Riesenfiliale seines Nachrichtendienstes zu etablieren.“¹⁶

Ein bezeichnendes Beispiel dafür, wie sich mit zunehmendem Abstand zum Kriegsende die Ablehnung sowjetischer Erinnerungszeichen durchsetzte, findet sich in Bochum. Ende 1946 wurde vor dem Friedhof am Freigrafendamm auf sowjetische Initiative hin ein Denkmal für die dort beerdigten weit über tausend

¹⁵ Hans Hauser: Sorgen mit den russischen Ehrenmalen. In: Berlinische Monatsschrift, Heft 9/1998, S. 76–78; Peter Jahn, Das fremde Monument. In: Die Zeit, Nr. 21 vom 19. 5. 2011 (www.zeit.de/2011/21/Tiergarten-Ehrenmal). Allgemein zu Berlin: Helga Köpstein: Die sowjetischen Ehrenmale in Berlin. Berlin 2006.

¹⁶ Das Ostpreußenblatt vom 5. Februar 1972. Download-Möglichkeit unter www.preussische-allgemeine.de/archiv/chronologisch.html.

Zwangsarbeiter errichtet – ein massives Monument von über neun Metern Höhe auf einem breiten Sockel, gekrönt von einem Sowjetstern, für dessen Bau 180 000 Reichsmark aufgewendet worden sein sollen. Sowjetisches und englisches Militär sowie offizielle Vertreter der Stadt wohnten der Einweihung am 12. Dezember 1946 bei, die örtliche Bevölkerung indes nahm so gut wie keinen Anteil. In den frühen Jahren des Kalten Krieges begann sich immer deutlicher Unmut zu artikulieren: Die CDU-Ratsfraktion beklagte sich schon 1952, das wuchtige Denkmal entspreche nicht „unserem Empfinden“, und fünf Jahre später äußerte sich die Bezirksgruppe der Vereinigung der Opfer des Stalinismus, welche ehemalige Speziallagerinsassen, heimgekehrte Kriegsgefangene und von der sowjetischen Besatzungsmacht Abgeurteilte vertrat, ganz ähnlich. Das Denkmal wirke bedrohlich, der Sowjetstern sei ein Symbol von Unterdrückung und Verfolgung und solle entfernt werden. Das ging der Stadtverwaltung allerdings zu weit. Sie verwies darauf, dass Veränderungen über die sowjetische Botschaft beantragt werden müssten, was angesichts der schwierigen zwischenstaatlichen Beziehungen nicht angeraten sei. 1953 war das Denkmal mit sowjetischer Zustimmung an einen unauffälligeren Standort, nämlich unmittelbar zu den Gräbern der ehemaligen Zwangsarbeiter verlegt worden. Die Vereinigung der Stalinismusopfer wurde damit getröstet, dass es dort sicher bald zuwachsen werde. 1964 brach man es schließlich wegen angeblicher Baufälligkeit ab.

Der Bochumer Denkmalpfleger und Architekturhistoriker Hans H. Hanke, der die Geschichte des Zwangsarbeiterdenkmals recherchiert hat, kommentierte das Geschehen in seiner Veröffentlichung aus dem Jahr 2000 wie folgt: „Der Abbruch erfolgte im August 1964, selbst das Relief und die Schrifttafeln scheinen vernichtet worden zu sein, wie im übrigen auch die kleineren Gedenksteine. Die Sowjetunion als Eigentümer wurde an der Entscheidung nicht beteiligt. Die Angehörigen der Ermordeten hatten niemals eine Chance mitzureden. Heute sind im Rahmen der ‚Entschädigungszahlungen‘ die in der Nachkriegszeit veröffentlichten Listen der Firmen und Orte, an denen die Sowjetbürger gezwungen wurden, zu arbeiten, die wichtigsten Denkmäler ihrer Anwesenheit in Bochum. Die Grabanlagen und der neue Gedenkstein am Freigrafendamm werden jetzt zweifelsohne in Ehren gehalten. Die heute veränderten Zwangsarbeitersiedlungen in Gerthe und Grumme kann man sich noch anschauen, sie sollten in die Denkmalliste der Stadt Bochum eingetragen werden. Das wäre nur ein kleiner Ausgleich dafür, dass sich niemand in unserer Stadt Bochum an die Verpflichtung, dem eigentlichen Ehrenmal ‚Schutz und Obhut‘ zu gewähren, rechtzeitig erinnerte.“¹⁷

Im selben Jahr 1964, in dem das lästige Bochumer Zwangsarbeiterdenkmal beseitigt wurde, errichtete die Lagergemeinschaft Dachau mit finanzieller Unterstützung des Internationalen Dachaukomitees auf dem ehemaligen SS-Schießplatz bei Hebertshausen ein Denkmal zur Erinnerung an die mehr als 4 000 sow-

¹⁷ Hans H. Hanke: Wo wir die Russen einmal reingelegt haben. In: Bochumer Zeitpunkte. Beiträge zur Stadtgeschichte, Heimatkunde und Denkmalpflege, Heft 7, Juli 2000 www.bochum.de/C125708500379A31/vwContentByKey/W27DABW8148BOLDDE.

jetischen Soldaten, die dort 1941/42 von Angehörigen der Wachmannschaft des KZ Dachau erschossen worden waren. Dem Massenmord lagen Heydrichs Einsatzbefehle Nr. 8 und 9 von 1941 zugrunde.¹⁸ Das Monument war von äußerster Schlichtheit und Sachlichkeit: eine Betontafel auf einem Sockel mit der Aufschrift „Tausende Kriegsgefangene wurden hier von der SS ermordet“, wobei die Worte „Kriegsgefangene“ und „ermordet“ mit großen Relieflettern hervorgehoben wurden – das war alles. Der hohe Grad an Abstraktion sowohl in der Bildsprache als auch in der Aussage ist bemerkenswert: Man beschränkte sich vollkommen darauf, die Tatsache des Massenmords als solche zu benennen; dass es sich bei den Opfern um Rotarmisten handelte blieb jedoch unerwähnt. Das war den Meinungszwängen des Kalten Krieges geschuldet,¹⁹ von denen auch das vorausgegangene Scheitern einer internationalen Begegnung von Jugendlichen und ehemaligen Häftlingen zeugt, die 1961 vom Bayerischen Jugendring und dem Internationalen Dachaukomitee geplant worden war. Vorgesehen war damals auch eine Besichtigung des Schießplatzes. Doch das Vorhaben wurde von einem Teil der bayerischen Presse, die die Einreise Hunderter Teilnehmer aus der UdSSR und kommunistische Manifestationen befürchtete, so heftig attackiert, dass es aufgegeben wurde.²⁰ Obwohl an der Einweihung des Mahnmals im Zuge der Feiern zum 19. Jahrestag der Befreiung des KZ Dachau rund 1000 Menschen teilnahmen, geriet der Schießplatz bald wieder in Vergessenheit. 1977 wurde der Gedenkstein an den Rand des Geländes verlegt, weil, wie die Behörden vermerkten „das in der Mitte des Schießplatzes befindliche Denkmal einer späteren Nutzung sehr hinderlich sei“.²¹ Eine irgendwie geartete andere Nutzung – abgesehen vom Schutz eines Wildbienenbiotops – unterblieb indes, weil man politische Proteste aus dem Osten befürchtete. Gepflegt wurde das Gelände aber nur, wenn Besuche sowjetischer Delegationen zu „befürchten“ waren.

Bis in die Mitte der 1980er Jahre blieb der Schießplatz ein weitgehend vergessener Ort. Dann trafen verschiedene Initiativen zusammen, die ihn belebten. Die bayerischen Behörden wurden 1984 durch einen sowjetischen Vorstoß für die Er-

¹⁸ Zur Gesamtkomplex dieses Massenverbrechens vgl. *Reinhard Otto*: Wehrmacht, Gestapo und sowjetische Kriegsgefangene im deutschen Reichsgebiet 1941/42. München 1998. *Rolf Keller*: Sowjetische Kriegsgefangene im Deutschen Reich 1941/42. Behandlung und Arbeitseinsatz zwischen Vernichtungspolitik und kriegswirtschaftlichen Zwängen. Göttingen 2011, S. 110–116. Zu Dachau vgl. *Christoph Riedelsheimer*: Bericht zu den Massenexekutionen von sowjetischen Kriegsgefangenen im Konzentrationslager Dachau 1941–1942. Unveröffentlichte Magisterarbeit. Augsburg 2001, Archiv der KZ-Gedenkstätte Dachau; *Jürgen Zarusky*: Die „Russen“ im KZ Dachau. Bürger der Sowjetunion als Opfer des NS-Regimes. In: *Dachauer Hefte* 23 (2007), S. 105–139, S. 115–124; *Gabriele Hammermann*: Sowjetische Kriegsgefangene im KZ Dachau. In: *Johannes Ibel* (Hrsg.): Einvernehmliche Zusammenarbeit? Wehrmacht, Gestapo, SS und sowjetische Kriegsgefangene. Berlin 2008, S. 91–118.

¹⁹ *Harold Marcuse*: Legacies of Dachau. The Uses and Abuses of a Concentration Camp, 1933–2001. Cambridge 2001, S. 257.

²⁰ *Kerstin Schwenke*: Dachauer Gedenkorte zwischen Vergessen und Erinnern. Die Massengräber am Leitenberg und der ehemalige SS-Schießplatz bei Hebertshausen nach 1945. München 2012, S. 90–92.

²¹ Ebenda, S. 95 f.

richtung eines Denkmals auf dem Gelände beunruhigt, wodurch es – so der Amtschef der Staatskanzlei – „wallfahrtsortähnliche‘ Bedeutung“ gewinnen und „zum Schauplatz linksextremistischer Demonstrationen werden [können], die dort kaum verhindert werden können.“²² Das Denkmalsprojekt wurde nicht realisiert, aber „Wallfahrer“ kamen doch, nämlich Teilnehmer der seit 1983 jährlich stattfindenden internationalen Jugendbegegnungszeltlager in Dachau, die den ehemaligen Schießplatz von dem dort herumliegenden Müll zu säuberten.²³ Die „Initiative Jahrestag der Befreiung“, ein Bündnis vorwiegend linker Organisationen aus München und Dachau, darunter die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, zu dem inzwischen auch die Lagergemeinschaft Dachau und die Evangelische Versöhnungskirche in der KZ-Gedenkstätte Dachau gehören, begann 1985 im Rahmen der alljährlichen Befreiungsfeiern regelmäßig auch Gedenkveranstaltungen am ehemaligen Schießplatz durchzuführen.²⁴

„Wir leben ja in der Bundesrepublik Deutschland in einer merkwürdigen Vergesslichkeit. Manchmal habe ich den Eindruck, als hätte 1941 die Sowjetunion das Deutsche Reich überfallen und nicht umgekehrt,“ charakterisierte der ehemalige Regierende Bürgermeister von Berlin, Pastor Heinrich Albertz im September 1980 bei einer Gedenkrede auf dem Friedhof des Stalag 326 Senne bei Stukenbrock die damals immer noch vorherrschende gesellschaftliche Stimmung.²⁵ Die 1967 entstandene Initiative „Blumen für Stukenbrock“²⁶ war eine der ersten, die sich die kontinuierliche Pflege des Gedenkens an die unter brutalen Umständen ums Leben gekommenen sowjetischen Kriegsgefangenen zur Aufgabe machte. Mit Albertz gewann sie einen außerordentlich prominenten Unterstützer. Im allgemeinen waren derlei Initiativen, die vor allem mit der Entstehung der Friedensbewegung Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre stärkeren Aufwind bekamen, auf das abgezielte linke Milieu aus Kommunisten, christlichen Pazifisten und linken Sozialdemokraten beschränkt. Die Orte des Leidens und Sterbens sowjetischer Kriegsgefangener waren die wichtigsten deutschen Erinnerungsorte an das, was Bürgern der Sowjetunion von NS-Deutschland angetan worden war, neben Stukenbrock etwa das ehemalige Stalag VI a in Hemer²⁷ oder der Ehrenfriedhof Herleshausen, wo die Namen aller Toten infolge der Sorgfalt die Bürgermeister Karl Fehr noch während des Kriegs walten ließ, bekannt sind.²⁸

²² Zit nach *Schwenke*, S. 98.

²³ Ebenda, S. 100; *Zarusky*, *Russen in Dachau*, S. 108.

²⁴ bayern.vvn-bda.de/gedenkorte-in-bayern/oberbayern-neu/landkreis-dachau/ehemaliger-ss-schießplatz-hebertshausen/

²⁵ *Heinrich Albertz: Blumen für Stukenbrock*. Biographisches. Stuttgart ³1981, S. 11.

²⁶ www.blumen-fuer-stukenbrock.de/der_arbeitskreis/; *Alexander Boroznjak: Erinnerung für morgen. Deutschlands Umgang mit der NS-Vergangenheit aus der Sicht eines russischen Historikers*. Gleichen 2006, S. 139–141.

²⁷ Für ein weiteres Beispiel: *Bürgerinitiative Frieden und Abrüstung* (Hrsg.): *Stalag VI A Hemer* [1994]; *Hermann Stopsack* (Hrsg.): *Stalag VI A. Kriegsgefangenenlager 1939 – 1945. Eine Dokumentation*. Hemer 1995; www.stalag-via.de/stal13.htm.

²⁸ *Peter Fibich: Gedenkstätten, Mahnmale und Ehrenfriedhöfe für die Verfolgten des Nationalsozialismus. Ihre landschaftsarchitektonische Gestaltung in Deutschland 1945 bis 1960*. Diss. ing. TU Dresden 1998, S. 96–98.

Die grausame Behandlung der Kriegsgefangenen bezeugte auch Heinrich Böll in seinem öffentlichen Dialog mit dem russischen Germanisten Lew Kopelew Anfang der 1980er Jahre.²⁹ Das Gespräch fand in zwei Teilen statt, 1979 in Moskau und 1981 in der Bundesrepublik, nachdem Kopelew ausgebürgert worden war. Kopelews Bedeutung als kultureller Brückenbauer zwischen der Bundesrepublik und seiner Heimat, aus der er von sowjetischen Behörden exiliert wurde, ist kaum zu unterschätzen. Dass er als sowjetischer Offizier in Ostpreußen gegen verbrecherische Übergriffe auf die Zivilbevölkerung eingeschritten war und dafür zu mehrjähriger Lagerhaft verurteilt worden war, verlieh ihm in der Bundesrepublik besondere Glaubwürdigkeit. In seiner dreibändigen Autobiographie sparte er allerdings die Jahre des Krieges weitgehend aus.³⁰

Die politischen Voraussetzungen für die Erinnerung an die NS-Verbrechen gegen Bürger der Sowjetunion änderten sich grundlegend mit Glasnost' und Perestrojka, mit der „Gorbimanie“ und der deutschen Wiedervereinigung. Die Betroffenen selbst konnten sich in ihrer Heimat nun offen(er) artikulieren und zugleich war Ängsten und Feindbildern der Boden entzogen worden. Die Bundesrepublik verpflichtete sich am 9. November 1990 im deutsch-sowjetischen Nachbarschaftsvertrag zu Schutz und Pflege der sowjetischen Ehrenmäler. Für die Sanierung der großen Berliner Ehrenmäler wurde ein zweistelliger Millionenbetrag bereitgestellt.³¹

Das Bild des Krieges

Erst mit dem Ende des Kalten Krieges und der deutschen Teilung begann in Deutschland eine breitere gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion, insbesondere als sich weniger als ein Jahr nach der deutschen Vereinigung der deutsche Überfall auf die Sowjetunion zum 50. Mal jährte. Erstmals wurde diesem Ereignis im Sommer 1991 im Berliner Gropiusbau eine große Ausstellung gewidmet.³² Eine weitere mit dem Titel „Die

²⁹ Heinrich Böll, *Lew Kopelew: Warum haben wir aufeinander geschossen?* Bornheim-Merten 1981, S. 25.

³⁰ *Lew Kopelew: Und schuf mir einen Götzen. Autobiographie 1*; ders.: *Aufbewahren für alle Zeit!* Autobiographie 2; ders.: *Tröste meine Trauer. Autobiographie 3.* Göttingen 1996 (deutsche Erstveröffentlichungen (1979, 1976, 1981).

³¹ www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Bundesregierung/BeauftragtefuerKulturundMedien/aufarbeitung/gedenkstaettenfoerderung/sowjEhrenmale/_node.html

³² Katalog und Begleitband: *Reinhard Rürup* (Hrsg.): *Der Krieg gegen die Sowjetunion 1941 – 1945. Eine Dokumentation* [zum 50. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion]. [Provisorische Halle der „Topographie des Terrors“ neben dem Martin-Gropius-Bau Berlin ; Tag der Eröffnung : 15. Juni 1991] Berlin 1991; *Peter Jahn, Reinhard Rürup* (Hrsg.): *Erobern und Vernichten. Der Krieg gegen die Sowjetunion 1941–1945.* Berlin 1992. Vgl. für eine frühe Basis-Initiative auch: *Der Krieg gegen die Sowjetunion : 1941 – 1945. Demütigung, Leid, Vernichtung, Tod. Bilder und Fakten.* Eine Ausstellung der Weisse-Rose-Stiftung e.V., der Arbeitsgemeinschaft Verfolgter Sozialdemokraten (AvS), des Bayerischen Seminars für Politik e.V. / Texte: *Robert Hofmann und Clemens Vollnhals.* München 1989

900 Tage der Blockade Leningrads“ wurde im Herbst desselben Jahres in der Sankt Katharinenkirche in Hamburg, Leningrads langjähriger Partnerstadt,³³ gezeigt.³⁴ Das ZDF begann im selben Jahr mit der Ausstrahlung der sechsteiligen Dokumentarfilmserie „Der verdammte Krieg – Das Unternehmen Barbarossa“, eine Kooperation mit dem sowjetischen bzw. russischen Gosteleradio und den Moderatoren Guido Knopp und Valerij Korsin. Der Südwestfunk nahm den Jahrestag zum Anlass für die sechsteilige Fernsehreihe „Steh auf, es ist Krieg“. Sie basierte auf dem Buch des Journalisten Paul Kohl „Ich wundere mich, dass ich noch lebe“, der zahlreiche sowjetische Zeitzeugen des Krieges insbesondere aus Weißrussland befragt hatte.³⁵ Schon 1989 war im Hamburger Verlag am Galgenberg Swetlana Alexijewitsch' Reportageserie „Der Krieg hat kein weibliches Gesicht“ erschienen, eine Übernahme der zwei Jahre zuvor herausgekommenen DDR-Ausgabe. Das bekannte „Blockadebuch“ von Ales Adamowitsch und Daniil Granin, das Zeugnisse von Überlebenden jenseits des heroischen sowjetischen Blockademythos' versammelt, liegt hingegen bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt auf Deutsch nur in der zweibändigen Ausgabe des DDR-Verlags „Volk und Welt“ von 1987 vor.³⁶ Allerdings erschienen 1997 bei Suhrkamp in Frankfurt die zwar schmalen, aber eindringlichen „Aufzeichnungen eines Blockademenschen“ von Lidia Ginsburg.³⁷ Diese Aufzählung ist natürlich keineswegs vollständig, dennoch lässt sich konstatieren, dass die Publikation persönlicher Zeugnisse von Sowjetbürgern aus dem deutsch-sowjetischen Krieg bis heute eher einem schmalen Rinnsal als einem breiten Strom gleicht.

Dennoch wurde mit Glasnost' vieles möglich, was vorher undenkbar gewesen war. Auf dem SS-Schießplatz in Hebertshausen bei Dachau sprach 1991 auf Einladung des Dachauer Fördervereins für Gedenkstättenarbeit am 22. Juni der ehemalige WDR-Intendant und Präsident des Goethe-Instituts Klaus von Bismarck und verlieh dem Erinnerungsakt Reputation und – da er selbst Soldat an der Ostfront gewesen war – eine spezifische Authentizität. In der KZ-Gedenkstätte Dachau trafen derweilen zahlreiche Briefe ehemaliger sowjetischer Häftlinge ein, die nun, wo sie offen Kontakt aufnehmen konnten und endlich auch in ihrer Heimat Anerkennung als Opfer gefunden hatten, um Haftbestätigungen als Grundlage für die bescheidenen Vergünstigungen baten, die sie dort nun erhalten konnten. Manche äußerten auch die Bitte, den Ort, an dem sie ihre Jugend und viele Freunde verlo-

³³ Vgl. *Frank Bajohr*: Hamburger „Außenpolitik“ im Kalten Krieg. Die Städtepartnerschaft mit Leningrad. In: *Christoph Strupp* (Hrsg.): 19 Tage Hamburg. Ereignisse und Entwicklungen der Stadtgeschichte seit den fünfziger Jahren. Hamburg 2012, S. 49–61.

³⁴ Vgl. die damalige Predigt von Pfarrer *Wolfgang Suhr* brammer-online.de/chef-1/Der_Krieg/Reval_und_Narwa/Leningrad_II_1990/_Nichts_ist_vergessen__und_nie/_nichts_ist_vergessen__und_nie.html.

³⁵ „Steh auf, es ist Krieg“. Manuskript zur Sendereihe des Südwestfunks. München 1991; *Paul Kohl*: „Ich wundere mich, dass ich noch lebe“. Sowjetische Augenzeugen berichten. Gütersloh 1990.

³⁶ Vgl. jetzt die um einige der sowjetischen Zensur zum Opfer gefallene Partien vervollständigte russische Ausgabe: *Ales' Adamovič, Daniil Granin*: Blokadnaja kniga. Sankt-Peterburg 2013.

³⁷ Eine erweiterte Neuauflage erschien 2014 im selben Verlag.

ren hatten, noch einmal besuchen zu können. Der Förderverein organisierte, u. a. mit bereitwilliger finanzieller Unterstützung des Auswärtigen Amtes, 1992 die erste solche Begegnung und begründete damit eine bis heute aufrechterhaltene Tradition.³⁸ Die abstrakte Vorstellung von den sowjetischen Opfern wandelte sich zur Begegnung mit konkreten Menschen, ihren Widersprüchen und Sorgen. In welchem Maße der Kalte Krieg das historische Gedächtnis hatte einfrieren lassen, wurde auch durch das Erstaunen der russischen, ukrainischen und belarussischen Gäste über ein Land verdeutlicht, das sie als feindliche Ruinenlandschaft in Erinnerung behalten hatten und das ihnen nun ganz anders begegnete.

Erst unter diesen neuen Voraussetzungen wurde einige Jahre später auch die größte und schärfste innerdeutsche Debatte um den Charakter des deutsch-sowjetischen Krieges möglich, die durch die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944“ des Hamburger Instituts für Sozialforschung, der sogenannten Wehrmachtsausstellung, ausgelöst wurde. Eigentlich war sie Teil eines größeren Projekts, mit dem zum 50. Jahrestag des Kriegsendes auch ganz andere Gewalterfahrungen wie etwa der Atombombenabwurf über Nagasaki thematisiert werden sollten. Dieses etwas abstrakte Konzept wurde von der Dynamik der Debatten um die Rolle der Wehrmacht überholt, die in München 1997 ihren Kulminationspunkt und schließlich sogar den Deutschen Bundestag erreichten. Es würde hier zu weit führen, diese Auseinandersetzung, u. a. den Weg von der ersten zur zweiten „Wehrmachtsausstellung“, in allen Einzelheiten zu rekapitulieren; sie ist inzwischen selbst Gegenstand der Forschung geworden. Zweifellos hat sie zu einem deutlichen Bewusstseinswandel beigetragen und Impulse für eine vertiefte wissenschaftliche Erforschung des Vernichtungskrieges gegeben. Zugleich war die von ihr ausgelöste Diskussion allerdings eine sehr deutsche Debatte, eine Auseinandersetzung zwischen Generationen und politischen Lagern, bei der die Opfer jener Verbrechen, um die gestritten wurde, eigentümlich abstrakt, ja geradezu unsichtbar blieben. Beide sogenannte „Wehrmachtsausstellungen“, die erste, von Hannes Heer, verantwortete mit ihrer polemischen Anlage, wie die zweite von einem Forscherteam um Ulrike Jureit erstellte und fast dreimal so umfangreiche, stützen sich im Wesentlichen auf Dokumente deutscher Provenienz, Opferzeugnisse fehlen weitestgehend.³⁹ Es ging um eine täterzentrierte Debatte und das spiegelt sich auch in der durch sie angeregten Forschung wider.

Entschädigung

Zu den vielen Themen, die erst im Zuge von Perestrojka und Glasnost' zur Sprache kommen konnten, gehörten die Verfolgungsschicksale jener Sowjetbürger, die

³⁸ *Barbara Distel, Jürgen Zarusky: Dreifach geschlagen. Begegnungen mit sowjetischen Überlebenden.* In: Dachauer Hefte 8 (1992), 8, S. 88–102.

³⁹ *Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944.* Bearb. von *Hannes Heer.* Hamburg 1995; *Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941–1944.* Bearb. von *Ulrike Jureit und Jan Philipp Reemtsma.* Hamburg 2002.

das ungerechte Stigma trugen, „für den Feind gearbeitet“ zu haben. Als die russische Wochenzeitung „Nedelja“ Anfang 1990 fälschlicherweise berichtete, ehemalige Zwangsarbeiter könnten infolge einer Kooperation der deutschen Grünen mit der Menschenrechts- und historischen Aufklärungsorganisation Memorial eine finanzielle Entschädigung erhalten, trafen bis Mitte 1991 rund 400 000 Briefe bei Memorial ein, zum Teil mit ausführlichen Schicksalsberichten.⁴⁰ Die Heinrich-Böll-Stiftung bemühte sich auf dieser Basis darum, Einladungen an ehemalige sowjetische Zwangsarbeiter an ihre früheren Einsatzorte zu initiieren, und auch andere Initiativen griffen solche Besuchsanliegen auf. Mit der Wende von 1989/91 war die gesellschaftliche Erinnerung an die sowjetischen Opfer nationalsozialistischer Verfolgung aus der gesellschaftlichen Isolierung in der linken und pazifistischen Subkultur herausgetreten. Nicht zuletzt weil sie nun mit zahlreichen menschlichen Kontakten einherging, erhielt sie auch eine unmittelbare humanitäre Dimension, um so mehr, als die Lebensbedingungen in der Sowjetunion bzw. ihren Nachfolgestaaten gerade für die Angehörigen der Kriegsgeneration besonders schwierig waren.⁴¹

Individuelle Entschädigungsleistungen für die sowjetischen Opfer nationalsozialistischer Verfolgung hatte es bis dahin nicht gegeben. Reparationen, etwa in Form der Demontage von Industrieanlagen, wie sie im Potsdamer Abkommen beschlossen worden waren, dienten ja dem Wiederaufbau in der von Kriegszerstörungen schwer getroffenen Sowjetunion, nicht der Linderung und Anerkennung des persönlichen Leids der von NS-Verbrechen besonders betroffenen Menschen. Die offizielle Sicht der Bundesrepublik machte hier jedoch keinen Unterschied, und die Bundesregierung vertrat nach dem Abschluss des Zwei-plus-vier-Vertrages die Auffassung, die Reparationsfrage sei damit erledigt.⁴² Die Abwehr von Reparationsansprüchen konnte aber, wie Hans Günter Hockerts zutreffend feststellt, „nur gelingen, wenn die im Klima des Kalten Krieges verweigerte Entschädigung der ‚Ostverfolgten‘ nun wenigstens teilweise nachgeholt wurde.“⁴³ Daher wurden zwischen 1991 und 1997 eine Reihe sogenannter Aussöhnungstiftungen eingerichtet, für die in den jeweiligen Ländern jeweils eine Partnerinstitution geschaffen wurde. Für Russland, die Ukraine und Weißrussland wurden zusammen 1,5 Milliarden D-Mark aufgewendet.⁴⁴ Angesichts der hohen Zahl der Verfolgten war

⁴⁰ Poljan, Žertvy, S. 18; Bernd Bonwetsch: Sowjetische Zwangsarbeiter vor und nach 1945 Ein doppelter Leidensweg. In: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas. Neue Folge, Bd. 41, H. 4, 1993, S. 532-546, hier: S. 543.

⁴¹ Vgl. Distel, Zarusky, Dreifach geschlagen, S. 102.

⁴² Deutscher Bundestag – 15. Wahlperiode Drucksache 15/414, S. 16 (Antwort des Staatssekretärs Diller auf die Anfrage des Abgeordneten Haibach zu Reparationsleistungen der Bundesrepublik).

⁴³ Hans Günther Hockerts: Die Entschädigung für NS-Verfolgte in West- und Osteuropa. Eine einführende Skizze. In: Ders., Claudia Moisel, Tobias Winstel (Hrsg.): S. 7-58, S. 51.

⁴⁴ Ebenda; Dirk Langer, Wiedergutmachung von NS-Unrecht und die neue Richtlinie zur Ghettoarbeit. In: Jürgen Zarusky (Hrsg.): Ghettorenten. Entschädigungspolitik, Rechtsprechung und historische Forschung. München 2010, S. 113-124, hier: S., S. 119; Poljan, Žertvy dvuch diktatur, S. 640- 672.

dieser auf den ersten Blick ansehnliche Betrag allerdings nur ein Tropfen auf dem heißen Stein, was auch deutlich wird, wenn man ihn mit den 876 Millionen D-Mark der globalen Entschädigungszahlen vergleicht, die zwischen 1959 und 1964 mit elf westeuropäischen Staaten ausgehandelt worden waren,⁴⁵ und dabei auch den Inflationsfaktor bedenkt. „Die offene Wunde“ betitelte der „Spiegel“ 1997 eine Reportage zum Thema der nicht stattgefundenen Entschädigung osteuropäischer NS-Verfolgter, in der auch die bundesdeutsche Abwehrstrategie gegenüber entsprechenden Ansprüchen kritisiert wurde.⁴⁶ Als Ende der 1990er Jahre Sammelklagen gegen deutsche Unternehmen in den USA drohten, mit der rot-grünen Koalition die Parteien die Regierung bildeten, die schon in den Jahren zuvor im Bundestag auf die „vergessenen Opfer“ aufmerksam gemacht hatten und generell der internationale Druck in dieser Frage wuchs, kam es nach längeren Verhandlungen zu einer groß angelegten Entschädigungslösung für ehemalige Zwangsarbeiter, zu denen viele Sowjetbürger zählten. Im Juni 2000 verabschiedete der Deutsche Bundestag einstimmig das Gesetz über die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“. Diese Stiftung wurde mit 10 Milliarden D-Mark ausgestattet, von denen 8,1 Milliarden zur Auszahlung an Zwangsarbeiter bestimmt waren, eine Milliarde zum Ausgleich von Vermögensschäden und der Rest für verschiedene andere Aufgaben, u. a. Zukunftsprojekte. In Osteuropa wurden die Zahlungen über die bereits bestehenden Aussöhnungstiftungen abgewickelt.⁴⁷ Die bereits 1951 gebildete Conference on Jewish Material Claims Against Germany konnte parallel Leistungen für die bis dahin nicht entschädigten osteuropäischen Holocaust-Überlebenden aushandeln.⁴⁸ Andere Gruppen, insbesondere die sowjetischen Kriegsgefangenen, die mit extremer Menschenverachtung behandelt worden waren, und daher eine unvergleichlich höhere Sterberate aufwiesen als ihre Schicksalsgenossen aus westlichen Ländern, oder auch die Überlebenden der Leningrader Blockade und der verbrannten Dörfer in Belarus, fallen nicht in die bundesdeutschen Entschädigungsgesetzgebung. Es sind private Organisationen, die hier mit hohem Engagement aber beschränkten Mitteln einspringen, vor allem die Vereinigung „Kontakty/Kontakte“⁴⁹, aber etwa auch das Maximilian-Kolbe-Werk⁵⁰, das seine auf polnische KZ- und Ghettoüberlebende bezogene Arbeit schon seit vielen Jahren weiter nach Osten ausgedehnt hat.

⁴⁵ Langner, Wiedergutmachung, S. 117.

⁴⁶ Manfred Ertel: Die offene Wunde. In: Der Spiegel 30/1997 vom 21. Juli 1997, S. 36–43.

⁴⁷ Poljan, Žertvy, S. 672–702; Anja Hense: Limitation of Economic Damages as a “Humanitarian Gesture”: The German Foundation “Remembrance, Responsibility and the Future”. In: Journal of Contemporary History 2011 Vol. 46 (2), S. 407–424.

⁴⁸ Constantin Goschler: Schuld und Schulden. Die Politik der Wiedergutmachung für NS-Verfolgte seit 1945. Göttingen 2005, S. 442–449.

⁴⁹ www.kontakte-kontakty.de/.

⁵⁰ www.maximilian-kolbe-werk.de/30141.html.

Erinnerung und Dialog auf kleiner Flamme

Das von den Initiativen der 1990er Jahre Erreichte ist in gewisser Weise Allgemeingut geworden. Dass der deutsche Krieg gegen die Sowjetunion ein verbrecherischer Eroberungs- und Vernichtungskrieg war, ist gesellschaftlich weithin anerkannt. Erinnerungsinitiativen und humanitäre Organisationen bemühen sich, die Konsequenzen zu ziehen. In Museen, wie vor allem im 1995 als deutsch-russisches Projekt neu gestalteten ehemaligen sowjetischen Kapitulationsmuseums Karlshorst, das auch eine ganze Reihe wichtiger einschlägiger Publikationen herausgebracht hat⁵¹, und in Gedenkstätten bemüht man sich um die Vermittlung historischen Wissens. Die 2006 errichtete Internationale Bildungs- und Begegnungsstätte „Johannes Rau“ und die zugehörige Geschichtswerkstatt in Minsk bilden dabei ein außergewöhnliches Beispiel für eine bilateral-dialogisch angelegte Institutionalisierung der Erinnerungsarbeit.⁵² Die von den KZ-Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora erstellte große Ausstellung über den Zwangsarbeiter-Einsatz im NS-Staat wurde 70 Jahre nach dem deutschen Angriff im Museum des Großen Vaterländischen Kriegs gezeigt. Damit wurde ein Thema vergegenwärtigt, das in beiden Ländern aus unterschiedlichen Gründen lange beschwiegen und verdrängt worden war.⁵³ Der mehrfach erwähnte SS-Schießplatz Hebertshausen wurde 2014 neu gestaltet, mit einer informativen Freiluft-Ausstellung und fünf in den Boden eingelassenen Streifenfundamenten versehen, dem „Ort der Namen“, wo bisher die Namen von 816 Ermordeten eingemeiselt sind. Es ist noch viel Platz auf den Marmorbändern, die Suche geht weiter.⁵⁴ In Berlin besteht seit Kurzem eine Initiative für einen Erinnerungsort an die Opfer der deutschen Vernichtungspolitik in Polen und der Sowjetunion, die allerdings noch in den Anfängen ihrer konzeptionellen Arbeit steckt.⁵⁵

Auch die Forschung hat auf einigen Gebieten erhebliche Fortschritte gemacht, wenngleich sie keineswegs boomt. Mit der deutsch-russischen Historikerkommission und dem Deutschen Historischen Institut Moskau sind wichtige geschichtswissenschaftliche Vermittlungsinstitutionen entstanden, zu deren Arbeitsprogrammen auch der deutsch-sowjetische Krieg gehört. Dennoch muss man mit Alexander Boroznjak davon sprechen, dass es sich hierbei erst „um den Anfang des Weges“ handelt, weil die gemeinsame internationale Bearbeitung der Geschichte dieses so einschneidenden und folgenreichen Kapitels der Geschichte des 20. Jahrhunderts noch nicht wirklich begonnen hat.⁵⁶ Das gesellschaftliche Ge-

⁵¹ Vgl. den Beitrag von Jörg Morré in diesem Band sowie www.museum-karlshorst.de/.

⁵² www.ibb-d.de/ibb_johannes_rau_minsk.html.

⁵³ Ulrich Heyden: Zwangsarbeiter-Ausstellung in Moskau wirft Fragen auf. In: www.moskau.ru/moskau/szene/zwangsarbeiter-ausstellung_in_moskau_wirft_fragen_auf_287.html.

⁵⁴ www.kz-gedenkstaette-dachau.de/gedenkorte_hebertshausen.html.

⁵⁵ www.gedenkort-lebensraumpolitik.de/.

⁵⁶ Aleksandr Boroznjak: „Èto byla prestupnaja rasovo-ideologičeskaja vojna“. Nacistskaja agressija protiv SSSR v istoričeskoj pamjati sovremennyh nemcev. In: *Rossiskaja istorija*, Nr. 3, 2012, S. 174–188, S. 188.

dächtnis der Bundesrepublik hat in dieser Hinsicht eine wichtige, aber noch wenig wahrgenommene Bereicherung durch die jüdische Zuwanderung aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion erlebt. Es gibt aktive Bestrebungen, die Erinnerungen zugewanderter Kriegsteilnehmer und Holocaust-Überlebender den deutschen Mitbürgern zugänglich zu machen.⁵⁷ Und doch konstatiert ein zum 70. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion 2011 von der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste initiiertes Memorandum namhafter Historiker und Gedenkakteure unter dem Titel „Aus dem Schatten der Erinnerung“, dass die Opfer der NS-Verbrechen „im besetzten östlichen Europa [...] bis heute keinen angemessenen Platz im Gedächtnis Deutschlands“ haben.⁵⁸ Dass kein deutscher Fernsehsender zur Übernahme des Dokumentarfilms „Keine Kameraden“ von Beate Lehr-Metzger über das Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen bereit ist, passt in dieses Bild.⁵⁹ Immerhin hat bei der Gedenkstunde des Deutschen Bundestages am 27. Januar 2014 der 95jährige Daniil Granin, der noch lebende der beiden Autoren des „Blockadebuchs“, aus Anlass des 70. Jahrestages der Beseitigung der Blockade Leningrads durch die Rote Armee gesprochen.⁶⁰ Das war ein wichtiger Schritt. Dennoch berührt es eigentümlich, wenn Bundestagspräsident Lammert in seiner Gedenkrede, an Granin gewandt, betonte: „Ihr zweibändiges ‚Blockadebuch‘ konnte Ende der 1970er-, Anfang der 1980er-Jahre nur zensiert erscheinen, zu viel zeigte es von den menschlichen Abgründen in diesen 900 Tagen, über die das sowjetische Regime Schweigen bewahren wollte.“⁶¹ Tatsächlich waren die Zensureingriffe nicht so massiv, dass die publizierte Version nicht ein neues, erschütterndes Bild von der Blockade zeigen würde. Vor allem aber schien der Bundestagspräsident überhaupt nicht beunruhigt dadurch oder wohl gar nicht informiert darüber, dass das Buch in Deutschland zwar nicht zensiert wird, aber dafür schlicht und einfach nicht erhältlich ist – wenn man von Antiquariaten absieht, die die alte DDR-Ausgabe von 1987 vertreiben, welche auf der zensierten sowjetischen beruht. Der deutsche Verlag, der die vollständige Ausgabe des Blockadebuchs⁶² den Lesern im geeinten Deutschland zugänglich macht, muss erst noch gefunden werden.

⁵⁷ Vgl. die vom Weltkongress russischsprachiger Juden und vom Bundesverband der Veteranen des Zweiten Weltkrieges, der Ghetto- und KZ-Gefangenen, der Opfer der Leningrader Blockade mit Unterstützung des Bundesinnenministeriums herausgegebene zweibändige Anthologie „Lebendige Erinnerungen. Ganz Deutschland“, Berlin 2010, sowie den Beitrag von *Arkadij Tsfasman* in diesem Band.

⁵⁸ www.stiftung-evz.de/fileadmin/user_upload/EVZ_Uploads/Handlungsfelder/Auseinandersetzung_mit_der_Geschichte_01/Dossier_Zweiter_Weltkrieg/memorandum-70-jahre-ueberfall-auf-su_06.06.2011.pdf.

⁵⁹ *Franziska Augstein*: Brot mit Holz. Ein sehenswerter Film über russische Kriegsgefangene findet keinen Sender. Warum eigentlich? In: *Süddeutsche Zeitung*, 20. Januar 2012.

⁶⁰ <https://www.bundestag.de/kulturundgeschichte/geschichte/gastredner/granin/215276>. Am 30. Juni 2011 war dem eine Gedenkstunde zum 70. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion vorausgegangen; vgl. www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2011/34943680_kw26_de_sowjetunion/205812.

⁶¹ <http://www.bundestag.de/bundestag/praesidium/reden/2014/001/261296>.

⁶² Ales' Adamovič, Daniil Granin: *Blokadnaja kniga*. Sankt-Peterburg 2013.

Auch Bundespräsident Joachim Gauck nahm es in seinem Gedenkbrief an Präsident Vladimir Putin zum 27. Januar 1944 nicht ganz so genau: „Aus erschütternden Tagebüchern wie dem von Tatjana Sawitschewa kennen wir die Schreie und die Tränen, die Verzweiflung und den endlosen Hunger und den Überlebenskampf der Eingeschlossenen“, heißt es darin. Der aus Petersburg stammende SZ-Journalist Tim Neshitov hat befremdet darauf hingewiesen, dass in diesem Tagebuch von Schreien und Tränen keine Rede ist und die im Gegenteil als Folge von Erschöpfung und permanenter Todesnähe erschreckend lakonischen Einträge der Verfasserin über das Sterben ihrer Nächsten zitiert. Auch Gaucks Aussagen über die angeblich lebendige Erinnerung der Deutschen an die Blockade und ihre Fassungslosigkeit darüber mochte Neshitov nicht recht glauben: „Bei allen Errungenschaften der deutschen Gedenkkultur: Die Erinnerung an die Belagerung Leningrads macht hier heute die wenigsten Menschen fassungslos.“⁶³ Die Botschaft des Bundespräsidenten an seinen russischen Amtskollegen erstaunt um so mehr, als er noch drei Jahre zuvor, damals in der Eigenschaft des Vorsitzenden der Vereinigung „Gegen Vergessen, für Demokratie“, seine Unterschrift unter das erwähnte Memorandum der Aktion Sühnezeichen gesetzt hatte, das nicht zuletzt unter explizitem Bezug auf die Leningrader Blockade das mangelnde historische Bewusstsein für die NS-Verbrechen im Osten beklagte. Wenn vor 60 und auch noch vor 25 Jahren fehlendes Tatsachenwissen die historische Verständigung zwischen deutschen und russischen Politikern behinderte, so kann dieser Faktor heute zumindest grundsätzlich ausgeschlossen werden, die Gefahr des Aneinandervorbeiredens in gedenkroutinierten Leerformeln leider nicht.

Mindestens ebenso problematisch ist, dass unter dem Eindruck des Konflikts zwischen Russland und der Ukraine die Sicht auf den deutsch-sowjetischen Krieg verstärkt geschichtspolitisch motivierten Deutungsmustern unterworfen wird, die auf den Versuch hinauslaufen, aus dem Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion und ihre Bevölkerung eine Art Spezialkrieg gegen die Ukraine herauszudestillieren. Als Protagonist dieser Uminterpretation tut sich vor allem Timothy Snyder, Autor des Welt-Bestsellers „Bloodlands“, hervor, der sie unter anderem öffentlichkeitswirksam in einem Artikel in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 13. April 2014⁶⁴ und in einem in der Süddeutschen Zeitung am 5. Mai 2014 veröffentlichten Gespräch vertreten hat. In Letzterem findet sich die folgende Behauptung: „In Deutschland gab es nie eine Anerkennung der Tatsache, dass

⁶³ *Tim Neshitov*: Gaucks wortreiche Pflichterfüllung. In: Süddeutsche Zeitung vom 28. Januar 2014 (www.sueddeutsche.de/politik/erinnerung-an-die-belagerung-ningrads-gaucks-wortreiche-pflichterfuellung-1.1873475). Götz Aly machte wenig später darauf aufmerksam, dass der Bundespräsident es versäumt hatte, auf den Tod des älteren Bruders Putin einzugehen, der als Kind in der Blockade starb. *Götz Aly*: Deutsche, Russen und Ukrainer. In: Berliner Zeitung vom 10. 02. 2014, www.berliner-zeitung.de/meinung/kolumne-deutsche--russen-undukrainer,10808020,26150086.html.

⁶⁴ Timothy Snyder: Ukraine: Putins Projekt. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13. April 2014.

die Ukraine das zentrale Ziel Hitlers war. Die Ukraine hat als eigene Kategorie deutscher Schuld und deutscher Aufarbeitung nie existiert und tut das bis heute nicht.“⁶⁵

Worauf sich Snyders Deutung der Ziele Hitlers stützt, bleibt unklar. Die zentralen Quellen für dessen Denken kommen jedenfalls nicht in Betracht, denn weder in „Mein Kampf“ noch im 1928 entstandenen sogenannten „Zweiten Buch“, in dem Hitler seine außenpolitischen Ansichten darlegte, taucht auch nur das Wort „Ukraine“ auf.⁶⁶ Stets ist hier von „Russland“ die Rede, was sich auf die Sowjetunion bzw. das Zarenreich bezieht. Das war das Ziel der „klaren weit schauenden Raumpolitik“.⁶⁷ (Nicht anders übrigens hielt es die SS mit ihren sowjetischen Gefangenen. Auf ihren KZ-Uniformen mussten sie einen roten Winkel mit einem großen, schwarzen „R“ tragen und wurden pauschal, ob sie nun Russen, Ukrainer oder Weißrussen waren, als „Russen“ bezeichnet.) Schwer erklärbar wären, träfe Snyders These zu, etwa auch die Schlacht vor Moskau, die Blockade Leningrads, der Vorstoß der Wehrmacht in den Kaukasus und die für das NS-Regime fatale Schlacht von Stalingrad.

Dass Snyders fragwürdige Interpretation des deutsch-sowjetischen Krieges und seiner erinnerungskulturellen Herausforderungen von bedeutenden deutschen Leitmedien unhinterfragt verbreitet wird und unwidersprochen geblieben ist, kann nur als ein weiteres Indiz dafür gewertet werden, dass es in Deutschland kein gefestigtes historisches Bewusstsein über diesen Krieg und seine Bedeutung für die Menschen in der damaligen Sowjetunion gibt. Da die Eroberung von „Lebensraum im Osten“ zum Kernbestand von Hitlers Programmatik gehört, kann folglich auch nicht davon die Rede sein, es gebe hierzulande ein umfassendes historisches Bewusstsein über den Nationalsozialismus und eine umfassende Empathie für alle von ihm verfolgten Gruppen.

Erkennbar wird das insbesondere dort, wo der aktuelle Erinnerungshabitus noch nicht zur geläufigen Konvention geworden ist, also vor allem in der Provinz. Ein ganz frisches Beispiel liefert der Stadtrat von Rieneck im Main-Spessart-Kreis. Er hat zwar Anfang 2015 beschlossen, der Initiative für ein Mahnmal für fünf erschossene sowjetische Kriegsgefangene stattzugeben, doch das nur äußerst widerwillig. Zweimal war die Initiative zuvor abgelehnt worden – „aus Rücksicht auf möglicherweise noch lebende Täter und deren Nachkommen“, wie eine regio-

⁶⁵ Kein Sieg für Putin“. Yale-Professor Timothy Snyder („Bloodlands“) im Gespräch mit den ukrainischen Experten Tatiana Zhurzhenko und Volodymyr Sklokin, Süddeutsche Zeitung vom 5. Mai 2014.

⁶⁶ Das gilt für alle greifbaren Ausgaben von „Mein Kampf“; freundliche Auskunft von Roman Töppel vom Team der wissenschaftlichen Edition von „Mein Kampf“ im Institut für Zeitgeschichte, vom 8. Mai 2014. *Gerhard Weinberg* (Hrsg.): *Hitlers zweites Buch. Ein Dokument aus dem Jahr 1928*. Stuttgart 1961. Mit einer erweiterten Kommentierung erschienen als *Ders., Christian Hartmann, Klaus A. Lankheit* (Hrsg.): *Außenpolitische Standortbestimmung nach der Reichstagswahl Juni-Juli 1928*. = *Hitler. Reden, Schriften Anordnungen Februar 1925 bis Januar 1933*. Band II A. München 1995.

⁶⁷ *Weinberg*, *Hitlers zweites Buch*, S. 163.

nale Zeitung schrieb.⁶⁸ Am 29. März 1945 hatte der SA-Gruppenführer⁶⁹ – dieser Dienstrang entspricht dem eines Generalleutnants – Hans Olpp einer Gruppe von Mitgliedern der Hitler-Jugend im Alter von etwa 15 Jahren befohlen die Gefangenen zu erschießen, weil sie aus einem bombardierten Zug Lebensmittel entnommen hatten. Olpp war von Wehrmachtssoldaten und einer Krankenschwester aufgestachelt worden. Das Würzburger Schwurgericht verurteilte ihn am 23. August 1950 wegen Totschlags zu fünf Jahren Zuchthaus,⁷⁰ er wurde aber wegen guter Leumundszeugnisse bereits im November desselben Jahres auf freien Fuß gesetzt und später begnadigt.⁷¹ Diesen glimpflichen Ausgang hatte er sowohl den Geschworenen zu verdanken, die in ihrem Wahrspruch das Vorliegen eines Mordes verneint hatten, ferner der Fürsprache von Kirchheimer Honoratioren, dazu wohl auch einem schweren Augenleiden sowie dem durch ein fachärztliches Gutachten bestärkten Eindruck des Gerichts „dass der Angeklagte letzten Endes ein Opfer jener Psychose geworden war, die von den Machthabern des dritten Reiches gerade in Bezug auf die angeblich von den Kriegsgefangenen ausgehenden Gefahren überall verbreitet worden war“.⁷² Dass Olpp 1933 an der Verhaftung politischer Gegner beteiligt war, die ins KZ Heuberg gebracht wurden,⁷³ sowie an der Brandstiftung an der Ludwigsburger Synagoge im November 1938 scheint im Urteil nicht auf. Wegen des Synagogenbrandes war er zwar 1948 in Stuttgart zu anderthalb Jahren Freiheitsentzug verurteilt worden, hatte aber in der Revision einen Freispruch erreichen können.⁷⁴ Auch dies eine wichtige Voraussetzung dafür, dass der Angeklagte im Urteil nicht als brutaler nationalsozialistischer Aktivist und hochrangiger SA-Offizier erschien, sondern als ein „in seiner Heimatstadt allgemein angesehene[r]“ Bürger. Olpps recht erfolgreiche Verteidigungsstrategie findet mehr fast 65 Jahre später ihren Niederschlag darin, dass der Rienecker Stadtrat den Formulierungsvorschlag der Gedenkzeichen-Initiatorin Elfriede Krutsch ablehnt, weil darin von „Mord“ und „Naziterror“ gesprochen wird. Überhaupt scheint historische Einsicht bei seiner Entscheidung keine zentrale Rolle gespielt zu haben. Bürgermeister Wolfgang Küber, der die Erinnerungsinitiative von Anfang unterstützt hat,⁷⁵ kommentierte die zuletzt gegen zwei Gegenstimmen getroffene Entscheidung jedenfalls kritisch: „Man konnte aufgrund

⁶⁸ Bernd Köble: Nicht öffentlich. In: Teck-Bote vom 8. 11. 2014, www.teckbote.de/nachrichten/stadt-kreis_artikel,-Nicht-oeffentlich-_arid,85108.html

⁶⁹ Dieser Dienstrang entspricht dem eines Generalleutnants.

⁷⁰ Urteil Ks 9/50 des Schwurgerichts Würzburg. In: Justiz und NS-Verbrechen: Sammlung deutscher Strafurteile wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen 1945–1999. Hrsg. von Band VII. Amsterdam 1971, Nr. 323, S. 271–273.

⁷¹ Köble, Nicht öffentlich.

⁷² Urteil Ks 9/50, S. 271.

⁷³ Köble, Nicht öffentlich.

⁷⁴ NSG-Datenbank im IfZ München. Wegen Führung des falschen Namens Hans Kolb war gegen Olpp eine sechsmonatige Freiheitsstrafe ausgesprochen worden.

⁷⁵ Michael Fillies, Björn Kohlhepp: Fünf verdrängte Morde von Rieneck. In: Mainpost, 07. 12. 2014, www.mainpost.de/regional/franken/Fuenf-verdraengt-Morde-von-Rieneck;art1727,8472163.

des öffentlichen Drucks nicht mehr dagegen stimmen, aber in Wirklichkeit wollte man die Gedenktafel gar nicht.⁷⁶

Von einem beständigen Ort und angemessenen Stellenwert der sowjetischen Opfer von Krieg und nationalsozialistischer Verfolgung im gesellschaftlichen Bewusstsein der Bundesrepublik Deutschland kann man 70 Jahre nach Kriegsende (noch) nicht sprechen. Angesichts der Dimension des Vernichtungskriegs kommt man nicht umhin, hier ein schweres Defizit der allzu oft von voreiliger Selbstzufriedenheit umwehten bundesdeutschen Erinnerungskultur festzustellen.

⁷⁶ Gedenktafel für erschossene Sowjets. In: Süddeutsche Zeitung vom 14. 01. 2015.

